



ANHÖ- NÉMET NYELVŰ HETI HÍRÖSSZEFOGLALÓ

23. hét

2019.06.03.

ZUSAMMENFASSUNG

Ungarische Innenpolitik – *Die Unterstützung für Fidesz-KDNP bei den Europawahlen erreichte Rekordhöhe:*

Noch nie zuvor konnte eine Partei bei den Wahlen zum Europaparlament 1,8 Millionen Stimmen auf sich vereinen; obendrein sichert diese starke Leistung für die Liste von Fidesz-KDNP nicht nur in Ungarn, sondern auch im EU-Maßstab mit 13 Abgeordneten der Regierungsparteien ein starkes Mandat. Der Charakter der Regierungskoalition als Volkspartei erstarkte weiter: Nicht allein in sämtlichen gesellschaftlichen Gruppen, sondern auch territorial verteilt lagen die Sympathiewerte ausgeglichen hoch.

Wirtschaftspolitik – *Die Regierung hat einen Aktionsplan zum Schutz der Wirtschaft aufgelegt:*

Um die langfristigen Zielstellungen zum Wirtschaftswachstum beibehalten zu können, hat Finanzminister Mihály Varga einen Aktionsplan aus 13+1 Punkten verkündet, in dessen Folge es demnächst zu Steuersenkungen, der Einführung eines neuen staatlichen Anleiheprogramms und zur fortgesetzten Senkung der administrativen Lasten kommen wird. Das Hauptziel bleibt dabei, das ungarische Wachstumstempo um zwei Prozentpunkte über dem EU-Durchschnitt zu halten.

Außenpolitik, Außenwirtschaft – *Der Europäische Rat könnte über zahlreiche wichtige Positionen entscheiden:*

Im Anschluss an die informelle Ratstagung der vergangenen Woche kristallisierte sich heraus, dass die Person des nächsten Präsidenten der Europäischen Kommission nicht unbedingt unter den Spitzenkandidaten ausgewählt wird. Ungeachtet der sich abzeichnenden Kräfteverhältnisse ist noch nicht klar, an welchen Prinzipien ausgerichtete Fraktionen im Europaparlament gebildet werden.

Nachrichten, die Beachtung verdienen – *Die Oppositionsparteien könnten ihre Budapester Strategie neu verhandeln:*

Die Wahlen zum Europaparlament haben die Kräfteverhältnisse zwischen den Oppositionsparteien von Grund auf neu definiert. Infolgedessen könnte das früher in der Hauptstadt als stark vermutete Linksbündnis MSZP-P an Boden verlieren, nachdem sowohl die DK als auch die Momentum-Bewegung wesentlich mehr Sympathisanten aktivieren konnten.

UNGARISCHE INNENPOLITIK

UNTERSTÜTZUNG FÜR FIDESZ-KDNP BEI EUROPAWAHLEN IN REKORDHÖHE

Die Regierungsparteien holten bei den Wahlen zum Europaparlament am 26. Mai mehr als 1,8 Millionen Stimmen und damit nicht nur die absolute Mehrheit aller Stimmen, sondern auch einen beträchtlichen Teil der Briefwahlstimmen. Die Abstimmung mit der höchsten Wahlbeteiligung aller bisherigen ungarischen Europawahlen sorgte für mehrere Überraschungen.

Rund 43,5 Prozent der Wahlberechtigten beteiligten sich an den Europawahlen, d. h. nahezu 3,5 Millionen Menschen taten ihre Meinung kund. Die im Vergleich zu den Europawahlen von 2014 um 15,5 Prozentpunkte gesteigerte Aktivitätsrate zeigt, dass diese Wahl nicht nur in Europa, sondern auch in Ungarn einen hohen Einsatz besaß. Bei den Europawahlen 2019 stellten neun Parteien Landeslisten. Die meisten Stimmen – wie seit 2004 durchweg – konnte erneut die Liste des Bündnisses Fidesz-KDNP einsammeln: Mehr als 1,824 Millionen Bürger brachten ihr Vertrauen in die Kandidaten der Regierungsparteien zum Ausdruck. Alle anderen Parteilisten zusammengenommen, denen es gelang, die Fünfprozenthürde zu überwinden, holten etwas mehr als 1,351 Millionen Stimmen. Mit anderen Worten konnten die Regierungsparteien einen Vorsprung gegenüber der gesamten Opposition von nahezu einer halben Million Stimmen verbuchen. Ausgehend von diesen Wahlergebnissen kann die Aussage getroffen werden, dass in Ungarn keine Stimmung vorherrscht, die Regierung abzulösen, vielmehr wollen die Wähler die Opposition ablösen. Im Oppositionslager kann man von keinen Gewinnern sprechen, bestenfalls von Parteien, die gemessen an anderen Gruppierungen der Opposition besser abschneiden konnten.

Des Weiteren stellte sich heraus, dass Fidesz-KDNP auch weiterhin die einzige Volkspartei in Ungarn darstellen. Auf der Grundlage einer Meinungsumfrage des Nézópont-Instituts am Wochenende des Wahltags landete die Regierungspartei in sämtlichen gesellschaftlichen Schichten und darunter auch unter den jüngsten Wählern auf dem ersten Platz. Im Kreis der Wähler zwischen 18 und 29 Jahren holte die Regierungskoalition ein Drittel der Stimmen. Ebenso erwies sich die Liste von Fidesz-KDNP in den gesellschaftlichen Schichten gegliedert nach Schulabschluss als die populärste Liste. Im Kreis der Wähler mit Grundschulabschluss holten die Regierungsparteien 57 Prozent, unter den Facharbeitern 63 Prozent, unter Menschen mit mittlerer Reife 52 Prozent, unter Akademikern 44 Prozent. Wie die Daten des Landeswahlbüros zeigen, räumte das Bündnis auch territorial ab:

Ausgehend von den auf die Listen abgegebenen Stimmen gewannen Fidesz-KDNP in sämtlichen Stadtbezirken der Hauptstadt die meisten Stimmen, wobei sich markante Abweichungen zwischen den einzelnen Stadtbezirken zeigen. So konnten die Regierungsparteien innerhalb von Budapest am stärksten im 16. Stadtbezirk (46 Prozent) abschneiden, wohingegen der 13. Stadtbezirk mit 32 Prozent einen Tiefpunkt bedeutete.

UNGARISCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK

REGIERUNG GAB AKTIONSPLAN ZUM SCHUTZ DER WIRTSCHAFT BEKANNT

Finanzminister Mihály Varga verkündete in der vergangenen Woche ein Programm zum Schutz der Wirtschaft, das aus 13+1 Punkten besteht. Die von Seiten der ungarischen Regierung früher bereits angekündigten Maßnahmen sind hauptsächlich deshalb erforderlich, um die langfristigen Wachstumsherausforderungen bewältigen zu können. Die Maßnahmen zielen auf mehrere Gebiete ab.

Wenngleich die Leistungsfähigkeit der ungarischen Wirtschaft auf den ersten Blick die Einführung jener Maßnahmen und Instrumente nicht rechtfertigen kann, die der Leiter des Finanzressorts in der vergangenen Woche vorstellte, haben die globalen Prozesse und die Entwicklungen in der europäischen Wirtschaft gleich mehrere Gründe für die Vorsichtsmaßnahmen geliefert. Die Regierung verfolgt das Ziel, die ungarische Wachstumsrate auch weiterhin zwei Prozentpunkte über dem EU-Durchschnitt zu halten. Die nachfolgenden Elemente bilden das Rückgrat des Aktionsplans: (1) Senkung der Sozialabgaben um 2 Prozentpunkte ab 1. Juli. Das bedeutet in diesem Jahr eine Position von 144 Milliarden Forint, in 2020 von 156 Milliarden Forint. (2) Die Pauschalsteuer für Kleinfirmen (KIVA) wird mit Wirkung vom 1. Januar 2020 von 13 auf 12 Prozent gesenkt. (3) Es werden Maßnahmen zur Reduzierung der Steueradministration eingeleitet, beispielsweise die EVA-Steuer abgeschafft. (4) Ab Dezember müssen die Unternehmen keine Steuervorauszahlung mehr erbringen. (5) Der Satz der Werbesteuer sinkt auf null Prozent, und bis 2022 wird der gegenwärtige Steuersatz ausgesetzt, wovon man sich eine Belebung des Marktes verspricht. (6) Die Mehrwertsteuer auf Leistungen des Unterkunftsgewerbes sinkt von 18 auf 5 Prozent. (7) Für die Errichtung bzw. Ausweitung und Erneuerung von Wohnimmobilien auf dem Lande werden Rückerstattungen der Mehrwertsteuer bis zu 5 Millionen Forint möglich. Diese Rückerstattung gilt für die gleichen Dörfer, in denen das ländliche Wohnungsbauförderprogramm CSOK eingeführt wurde, was mehr als 2.800

Gemeinden betrifft. (8) Es wird gefördert, dass Unternehmen Arbeiterwohnheime errichten. (9) Ab 2020 können im Falle von Kleinfirmen ab 300 Millionen Forint und bei Mittelständlern ab 400 Millionen Forint, ab 2021 schon auf 200 bzw. 300 Millionen und ab 2022 bereits auf 50 bzw. 100 Millionen Forint Steuervergünstigungen für Entwicklungsmaßnahmen in Anspruch genommen werden. (10) Bei der staatlichen Garantiqa Hitelgarancia Zrt. wird das Kapital um 10 Milliarden Forint angehoben. Das Ziel lautet hier, mit Hilfe von Instrumenten der Garantieübernahme Kreditausreichungen an Unternehmen zu erleichtern. (11) Das Garantiesystem im Agrarbereich wird mit einer Kapitalerhöhung um 5 Milliarden Forint befördert. (12) Zwischen 2020 und 2030 stehen jährlich 17 Milliarden Forint für den Ausbau der Meliorationssysteme bereit. (13) Für die Förderung von F+E+I-Projekten fließen im kommenden Jahr 32 Milliarden Forint zusätzlich und somit insgesamt 157 Milliarden Forint. (13+1) Das Programm „Ungarische Staatsanleihe Plus“ wird aufgelegt.

Ein bedeutender Teil der Maßnahmen zum Schutz der Wirtschaft handelt von ausgesprochen zielgerichteten Schritten; die Auswirkungen der aktuellen Ankündigungen auf den Staatshaushalt sind um Größenordnungen kleiner, was aus dem Blickwinkel des Haushaltsgleichgewichts zuversichtlich stimmt, während umgekehrt nicht automatisch ein bedeutender Effekt der Konjunkturbelebung von diesen Maßnahmen erwartet werden darf. Bemerkenswert ist, dass der Aktionsplan nicht als eindeutige Übertragung der früher durch den Rat für Wettbewerbsfähigkeit oder die Ungarische Nationalbank auf den Tisch gelegten Programme zur Wettbewerbsfähigkeit geboren wurde.

AUSSENPOLITIK UND AUSSENWIRTSCHAFT

DER EUROPÄISCHE RAT KÖNNTE ÜBER ZAHLREICHE WICHTIGE POSITIONEN ENTSCHEIDEN

Im Anschluss an die informelle Ratstagung der vergangenen Woche kristallisierte sich heraus, dass die Person des nächsten Präsidenten der Europäischen Kommission nicht unbedingt unter den Spitzenkandidaten ausgewählt wird. Ungeachtet der sich abzeichnenden Kräfteverhältnisse ist noch nicht klar, an welchen Prinzipien ausgerichtete Fraktionen im Europaparlament gebildet werden.

Wie das Freitag-Interview von Ministerpräsident Viktor Orbán offenbarte, findet derzeit ein Ringen um fünf Positionen von grundlegender Bedeutung statt: das Amt des nächsten Präsidenten des Europäischen Rates für die Dauer von zweieinhalb Jahren, die führende Position in der Europäischen Kommission, die Position des Hohen Vertreters der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, die Position des Präsidenten des Europaparlaments sowie die Führung der Europäischen Zentralbank. Innerhalb des Europäischen Rates bestand Einigkeit, dass es vorrangiges Recht der Ministerpräsidenten und Staatschefs sei, die Person des nächsten Präsidenten der Europäischen Kommission dem Parlament vorzuschlagen. In Verbindung mit der Eignung der Spitzenkandidaten sind die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten geteilter Auffassung: Die V4-Staaten und Frankreich halten das gegenwärtige System zur Entscheidung der Kandidatur für ungeeignet, während Angela Merkel und die Deutschen dafür plädieren.

Im gegenwärtigen Augenblick ist – über die Zusammensetzung des Europaparlaments und die Frage des nächsten Präsidenten der Kommission hinaus – die Angelegenheit der Mitgliedschaft des Fidesz in der Europäischen Volkspartei drittrangig. Was die Verhältnisse innerhalb der EVP anbelangt, lässt sich einschätzen, dass der liberale Flügel weder geschwächt wurde, noch erstarken konnte. Innerhalb des liberalen Flügels hat die dem Fidesz gegenüber kritisch eingestellte CSV aus Luxemburg im Vergleich zu ihrem Wahlergebnis von vor fünf Jahren die deutlichsten Einbußen hinnehmen müssen, deren Abschneiden jedoch ausgehend von ihrer Delegationsgröße keine gravierenden Einschnitte für die EVP bedeutete. Im Gegensatz dazu waren die Neue Demokratie in Griechenland, die irische Fine Gael, bzw. die schwedische Gemäßigte Sammlungspartei und die schwedischen Christdemokraten imstande, ihre Ergebnisse im Vergleich zum Abschneiden vor fünf Jahren zu verbessern. Der Anteil von Parteien, die der christdemokratischen Ausrichtung nahestehen, nahm jedoch unterm Strich eher ab. Die französischen Republikaner holten dieses Mal ein um 12 Prozentpunkte schlechteres Ergebnis, als noch 2014, die „Einigkeit“ (JV) in Lettland 20 Punkte, die Forza Italia 8 Punkte weniger. Die EVP erlangte rund 180 Mandate und verlor demnach ungefähr ein Fünftel ihrer Abgeordnetensitze aus der Legislaturperiode 2013-2019 (221). Daneben schrumpfte aber auch die Fraktion der Sozialdemokraten (S&D), die nach zuletzt 191 Mandaten noch über 146 Sitze verfügen dürften, so dass die Strukturen einer Großen Koalition im Europaparlament keinen Bestand haben. Derweil haben die Liberalen (ALDE) von 67 auf 100 Abgeordnete zugelegt. Die unter Führung des italienischen Innenministers Matteo Salvini geschaffene Allianz dürfte mehr als 70 Abgeordnete

zählen. Der Beitritt des Fidesz in diese Fraktion ist jedoch deshalb unwahrscheinlich, weil ihr der Rassemblement National von Le Pen genauso angehört, wie die deutsche AfD. Dessen ungeachtet ist es ein gutes Zeichen für die Regierungsparteien, dass die migrationsfeindlichen Abgeordnetengruppen erstarken konnten: Der durch den Fidesz (13 Abgeordnete), die slowenische SDS-SLS (3), den Siebenbürger Ungarnbund RMDSZ (2), die Forza Italia (8), die Republikaner (8) und die bulgarische GERB (7) charakterisierte konservative Flügel innerhalb der EVP bedeutet genau die Differenz zu Gunsten der Volkspartei gegenüber den Sozialdemokraten.

NACHRICHTEN, DIE BEACHTUNG VERDIENEN

DIE OPPOSITIONSPARTEIEN DÜRFTEN IHRE BUDAPEST-STRATEGIE NEUVERHANDELN

Wie es zu erwarten war, dürften die Übereinkünfte der Oppositionsparteien, die noch im Vorfeld der Europawahlen mit Blick auf die nachfolgenden Kommunalwahlen im Herbst getroffen wurden, wegen der neu entstandenen Rangfolge ihren Sinn verlieren. Nachdem die DK in sämtlichen Komitaten sowie in Budapest die stärkste Oppositionskraft wurde, kann Ferenc Gyurcsány die Führung der Opposition in seine Hand nehmen, während die früher getroffenen Vereinbarungen neu verhandelt werden könnten. In erster Linie um die Positionen in der Hauptstadt dürfte ein heftiges Ringen einsetzen, wo zwei Oppositionsparteien im Vergleich zu früher hier erzielten Ergebnissen besonders gut abschneiden konnten: die DK (mit einem Listenergebnis von 20 Prozent) und die Momentum-Bewegung (mit 17 Prozent). Das im Vorfeld am stärksten für einen Zusammenschluss in der Hauptstadt plädierende Linksbündnis MSZP-P brachte nicht nur auf Landesebene, sondern auch in Budapest die schwächsten Listenergebnisse seiner Geschichte zustande, wo man gerade einmal 9 Prozent der Stimmen holen konnte. Für das Linksbündnis dürfte dieses Abschneiden vor allem deshalb für Enttäuschung sorgen, weil dadurch die Erfolgsaussichten des eigenen Kandidaten für das Amt des Oberbürgermeisters neu bewertet werden müssen. Die Momentum-Bewegung hat nicht von ungefähr mittlerweile angedeutet, im gegebenen Fall einen eigenen Kandidaten für das Oberbürgermeisteramt in der Person von Gábor Kerpel-Fronius stellen zu wollen. Während die DK von Ferenc Gyurcsány noch behauptet, an der Person von Gergely Karácsony festzuhalten, dürfte die politische Realität ein Durchdenken der Spitzenkandidatur bringen. Es spricht Bände, dass sich die

zweite Runde der Vorwahlen im Kreis der Oppositionsparteien, die ursprünglich für Ende Mai und den Monat Juni angesetzt wurde, derzeit nicht auf der Tagesordnung findet.

SCHWERES SCHIFFSUNGLÜCK AUF DER DONAU

Seit 65 Jahren – als der Dampfer „Pajtás“ kenterte – kam es zu keiner vergleichbaren Katastrophe in der Geschichte der ungarischen Schifffahrt, wie bei dem Drama am Mittwochabend an der Budapester Margaretenbrücke. Das Ausflugsschiff „Hableány“ – mit einer 33-köpfigen südkoreanischen Touristengruppe und der zweiköpfigen ungarischen Besatzung an Bord – kollidierte an der Margaretenbrücke mit einem weitaus größeren Hotelschiff. Das zu Sightseeing-Touren dienende Schiff ging extrem schnell, in nur 7 Sekunden, unter. Unter den Reisenden befanden sich 22 Frauen, 10 Männer und ein sechsjähriges Kind. Die Behörden nahmen die Rettungsarbeiten unverzüglich auf, die neben der Dunkelheit noch durch die widrigen Witterungsbedingungen erschwert wurden. Es gibt 7 Überlebende der Katastrophe – unter denen 3 Personen weiterhin im Krankenhaus behandelt werden –, es wurden 7 Tote gefunden, während nach 21 Menschen im südlichen Flussabschnitt gesucht wird. Die Erfahrungen der Fachleute von Seiten der Donau-Wasserschutzpolizei besagen, dass sich die Nachforschungen nach den Vermissten im Zuge des Schiffsunglücks vom vorigen Mittwoch in die Länge ziehen könnten, weil diese durch die noch immer steigenden Pegel der Donau, die damit verbunden extrem starke Strömung des Flusses und die schlechten Sichtverhältnisse im Wasser erschwert werden. Der Kapitän des Hotelschiffs, der ukrainischer Staatsbürger ist, wurde am Donnerstagabend verhört und anschließend in Polizeigewahrsam genommen; ebenso verhörte die Polizei die Inhaber des verunglückten Ausflugsschiffs und die komplette Geschäftsführung der Betreibergesellschaft. Die ungarische Regierung, die öffentlichen Würdenträger und die politischen Parteien brachten den Familien der bei dem Schiffsunglück auf der Donau ums Leben gekommenen südkoreanischen Bürger ihre Anteilnahme zum Ausdruck. Unterdessen ist Südkoreas Außenministerin Kang Kyeong-hwa in der ungarischen Hauptstadt eingetroffen, um sich über die Geschehnisse zu informieren und die Arbeit des 18-köpfigen operativen Stabs persönlich zu leiten.

PROGNOSE

- Bis zum 23. Juni bleibt der Spitzenkandidat von Fidesz-KDNP bei den Europawahlen, László Trócsányi, Leiter des Justizministeriums. Parallel zur künftigen Tätigkeit Trócsányi als EU-Kommissar muss Viktor Orbán einen anderen Politiker für die Führung des einheimischen Justizressorts finden.

Im Sinne der ungarischen Regeln für Personen des öffentlichen Lebens müssen Repräsentanten, die ein Mandat im Europaparlament gewinnen, wegen der Regeln zur Unvereinbarkeit ihre früher bekleideten Positionen aufgeben. Nachdem das Mandat von László Trócsányi seit Aufstellung der Liste der Regierungsparteien praktisch garantiert war, dürfte die Nachfolgefrage des Ministers seit langem auf der Tagesordnung gestanden haben. Der das Ministerpräsidentenamt leitende Minister Gergely Gulyás erklärte, es werde keine ernsthafte, großangelegte Regierungsumbildung geschehen, sondern ausschließlich an der Spitze des Justizministeriums eine Veränderung geben. Im Sinne der Bestimmungen des Grundgesetzes wird der Staatspräsident auf Vorschlag des Ministerpräsidenten den Nachfolger des Ministers ernennen.